

## BEFUNDBERICHTE

### Unterlagen dürfen künftig nicht älter als zwei Jahre sein

Ab sofort verwenden die Versorgungsämter in Nordrhein-Westfalen nur noch Kopien von Befundunterlagen, die nicht älter als zwei Jahre sind. Die Versorgungsverwaltung des Landes NRW weist darauf hin, dass die Versorgungsämter – als Konsequenz aus dieser Änderung – Auslagen für erbetene Kopien nur noch erstatten, wenn die übersandten Befundunterlagen nicht älter als zwei Jahre sind.

Die elf Versorgungsämter in Nordrhein-Westfalen führen die Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX) durch. Jährlich fordern sie über 800.000 Befundberichte von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten an. Dafür wird eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachver-

ständigen (ZSEG) gezahlt. Bisher ersetzen die Ämter Auslagen für erbetene Abschriften und Ablichtungen, wenn diese nicht älter als fünf Jahre waren.

Die Versorgungsämter möchten ihren Entscheidungen jedoch künftig möglichst aktuelle Befundunterlagen zugrunde legen. Nach den Erfahrungen der Versorgungsämter reichen Befundunterlagen aus den letzten zwei Jahren für eine abschließende medizinische Bewertung anhand der „Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit nach dem Schwerbehindertenrecht“ aus. Die Versorgungsverwaltung hat ihre Vordrucke (Befundberichts-anforderungen) bereits mit einem besonderen Hinweis auf die Änderung versehen.

*Landesversorgungsamt/uma*

## LESERBRIEF



Zu „Meinung“ und „Gesundheits- und Sozialpolitik“, *Rheinisches Ärzteblatt* September 2003, Seiten 3, 12 und 13 zum Personalnotstand in den NRW-Kliniken

### Geradezu verrückt

Ich kenne genügend Chefärzte, die händeringend nach Assistenten suchen. Da erscheint es doch geradezu verrückt, dass in Deutschland ein Gesetz existiert, das Ausländern, die in Deutschland studiert und ihre AiP-Zeit hinter sich gebracht haben, für drei Jahre verbietet, in deutschen Kliniken zu arbeiten und sich weiterzubilden. Mich beschäftigt

zur Zeit das Geschick eines jungen Palästinensers, der gerne als internistischer Assistent arbeiten würde, gerade wieder einmal zwei Monate – in seinem Heimatdorf – eingesperrt praktisch untätig sein musste, aber hier bei uns keine Arbeitserlaubnis erhält.

*Dr. Manfred Baumgarten,  
Solingen*

## Einladung zum 9. Kammerkolloquium

### Arzt und Gewerbesteuer

Steuerliche Aspekte ärztlicher Berufsausübung  
17. Dezember 2003  
18:00 Uhr – 20:30 Uhr

Großer Saal  
Haus der Ärzteschaft  
Tersteegenstrasse 9, 40474 Düsseldorf

#### Programm

##### Begrüßung und Moderation

Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein  
**Vortrag**

Arzt und Gewerbesteuer -  
Steuerliche Aspekte  
ärztlicher Berufsaus-  
übung - Chancen und  
Risiken u. a. der GmbH

Dipl.-Kfm. Dr. Horst Vinken,  
StB/WP  
Präsident der Steuerberater-  
kammer Düsseldorf  
Vorsitzender des Verbandes Freier  
Berufe im Lande Nordrhein-West-  
falen e.V.

##### Statement

Berufsrechtliche Aspekte  
ärztlicher Berufsausübung

Christina Hirthammer-Schmidt-  
Bleibtreu  
Justitiarin der Ärztekammer  
Nordrhein

##### Diskussion

Informationen und Anmeldung unter Ärztekammer Nordrhein,  
z. Hd. Yvonne Peuckert, Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf,  
Tel.: 0211/4302-1481, Fax: 0211/4302-1398, E-Mail: yvonne.  
peuckert@aekno.de. Im Internet finden Sie die Unterlagen zur  
Anmeldung unter [www.aekno.de/aktuelles/termine](http://www.aekno.de/aktuelles/termine).

## 1. LANDESPSYCHOTHERAPEUTENTAG

### Konitzer: Gute Zusammenarbeit mit der ärztlichen Selbstverwaltung

Seelische Leiden und psychische Belastungen von Brustkrebs-Patientinnen rechtzeitig zu erkennen und zu behandeln – dieses Ziel haben sich die Psychotherapeutenkammer NRW und das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium gesetzt. Die bessere Versorgung von Patientinnen mit Brustkrebs war ein Thema des 1. Landespsychotherapeutentages „Zukunft der Psychotherapie in einer integrierten Gesundheitsversorgung“ kürzlich in Neuss.

„Wir müssen dafür sorgen, dass die psychologische und psychotherapeutische Betreuung von Patientinnen mit Brustkrebs erheblich verbessert wird“, sagte Staatssekretärin Cornelia

Prüfer-Storcks vom NRW-Gesundheitsministerium. Die landesweit geplanten Brustzentren müssen auch psychologische Betreuung auf hohem Niveau gewährleisten.

Die Psychotherapeutenkammer NRW, in der die Psychologischen Psychotherapeuten und die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten organisiert sind, besteht seit September 2000 und vertritt insgesamt rund 6.700 Mitglieder. Die Präsidentin, Monika Konitzer, lobte die gute Zusammenarbeit mit der ärztlichen Selbstverwaltung, den Gesundheitsbehörden, den zuständigen Regierungsstellen und dem Gesundheitsministerium.

*PTK/uma*